

Was wollen die Bürger sich zumuten?

An diesem Donnerstag stellt der »Bürgerrat Klima« seine Empfehlungen für ein umweltgerechtes Deutschland vor. Viele davon sind radikaler als die Pläne der Parteien. Die ZEIT hat bei den Diskussionen der 160 Menschen über Wochen zugehört VON MERLIND THEILE



Foto: David Nils Müller

Im Schatten der Braunkohle: Wohnhaus in der nordrhein-westfälischen Ortschaft Niederaußem

Anke: Wo ist denn der Diskussionsraum jetzt?

Katrin: Hier!

Kerstin: Hier!

Anke: Aber ich seh euch alle nicht.

Jens: Du musst oben rechts auf den Punkt »Galeriansicht« klicken. Dann hast du alle Kacheln.

Auf dem Bildschirm erscheinen Dutzende Fenster, manche zeigen nur Namen, die meisten auch die Gesichter dazu. Zu sehen sind Frauen und Männer, junge und ältere, blond, brünett, schwarzhaarig, ergraut. Eine Frau hat ihr Baby auf dem Schoß. Eine andere Frau raucht. Alle Teilnehmenden dieser Videokonferenz sitzen zu Hause, eingerahmt von Bücherregalen, Stehlampen, Zimmerpflanzen. Ein Deutschland im Kleinen, so wurden diese 160 Menschen ausgewählt: Sie sollen unsere Bevölkerung repräsentieren, nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsabschluss, Migrationshintergrund sowie: Einstellung zum Klimaschutz.

Denn dieses Mini-Deutschland soll für sich ergründen, was es sich zumuten bereit ist zum Schutz des Planeten. So soll es der Politik bei etwas helfen, das sie selbst seit Jahrzehnten nicht hinbekommt: die Bewältigung der vielleicht größten Krise der Menschheit.

Dass die ungebremste Erderwärmung vielerorts Lebensgrundlagen zerstören würde, darüber herrscht in der Wissenschaft große Einigkeit. Auch der Handlungsauftrag an die Politik ist klar. Ende 2015 unterzeichnete Deutschland, wie fast alle Staaten der Erde, das Pariser Klimaabkommen. Es schreibt die Absicht fest, den globalen Temperaturanstieg gemessen am vorindustriellen Zeitalter möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. An diesem Donnerstag will der Bundestag beschließen, dass

Deutschland bis 2045 klimaneutral sein soll. Aber wie solche Ziele erreicht, wie die massiven Umbrüche gestaltet werden sollen, dafür weist auch dieses neue Klimagesetz wieder keinen konkreten Weg.

Der Veränderungsdruck trifft auf eine Wohlstandsgesellschaft, die sich ans Ölverbrennen und Fleischessen gewöhnt hat, an den grenzenlosen Verbrauch von Ressourcen und Ausstoß von Treibhausgasen. Im Jahr 2019 verursachte der Durchschnittsdeutsche knapp acht Tonnen CO₂. Um Klimaneutralität zu erreichen, müsste diese Menge binnen einer Generation auf null sinken. Die 1,5-Grad-Marke ist ein epochales Ziel. Und 160 Menschen überlegen, was die deutsche Gesellschaft dazu beitragen sollte.

Der »Bürgerrat Klima«, so heißt das Gremium, soll konkrete Antworten auf die schmerzhaften Fragen finden. Zu welcher Veränderung, womöglich auch welchem Verzicht wäre jede und jeder Einzelne bereit? Weniger fliegen? Weniger Tierprodukte? Das Auto abschaffen und die Ölheizung gleich mit? Wo sollen die ganzen Windräder stehen? *Not in my backyard* – oder vielleicht doch? Wer trägt die Kosten des Umbruchs, wie verteilen sie sich, was heißt hier am Ende »sozial gerecht«?

Einberufen von Teilen der Bürgergesellschaft und wissenschaftlichen Paten, berieten die 160 in zwölf Sitzungen, pandemiebedingt online; am Erscheinungstag dieser ZEIT-Ausgabe präsentiert der Rat in Berlin seine Empfehlungen an die Politik. Vorangegangen war ein über 50-stündiger Beratungsprozess. Vieles davon wurde live gestreamt und ist im Online-Archiv des Bürgerrats nachzuvollziehen. Die wirkliche Debatte aber, das Ringen um den besten Weg, fand an jedem Sitzungstermin in zwei Dutzend Kleingruppen

statt, immer wieder neu zusammengewürfelt, bestehend aus je einer Handvoll Leuten, die abseits der Öffentlichkeit diskutierten. Die ZEIT durfte den Prozess begleiten und hörte bei zahlreichen Gesprächen zu. Um den geschützten Raum zu wahren, haben wir die Namen der Teilnehmenden verändert.

Jennifer: Vielleicht sollten wir mit einem Belohnungssystem arbeiten. Wenn zum Beispiel Haushalte zwei Autos haben, würde man sagen: Komm, wenn ihr eins abschafft, werdet ihr belohnt.

Andrea: Was ist mit Leuten, die viele Bäume haben? Ich finde, die sollten dafür eine Gutschrift bekommen. Ich habe, weil ich ein Auto hab, viel CO₂-Ausstoß. Dagegen habe ich ungefähr 20 große Bäume im Garten. Also, was krieg ich für meine Bäume?

Anna: Das gleicht sich doch dann am Ende aus, oder? Die Städter fahren weniger Auto. Du wohnst auf dem Land und fährst viel Auto. Dafür hast du drei Bäume mehr im Garten stehen.

Andrea: Aber ich habe ja dafür mehr Ausgaben. Ich muss ja für den Sprit mehr zahlen.

Jennifer: Ich wäre für steuerliche Entlastung für CO₂-armes Verhalten, bei ÖPNV, Energie, Auto. Ich habe noch keinen genauen Plan, wie man das umsetzen kann. Mir fallen immer nur die Steuern ein, wo am Ende des Jahres eben die Peitsche knallt.

Adam: Oder man sagt: Okay, jeder Bürger darf nur noch zweimal im Jahr innerhalb Deutschlands fliegen, zweimal im Jahr international, und das war's. Also den CO₂-Ausstoß pro Person reglementieren. Nicht über diese Erbsenzählerei mit den Steuern.

Jennifer: Diese Diskussion hatten wir in einer anderen Gruppe, da habe ich das genau so vorge-

schlagen. Aber da war eine Polizistin dabei, die sagte: »Oah, deutsches Grundgesetz!« Jeder kann selbst entscheiden, was er macht. Es spricht halt die Freiheit dagegen.

Adam: Verstehe ich natürlich vollständig. Gleichzeitig muss man sich doch fragen, zu wessen Lasten diese Freiheit geht, die ich jetzt genießen darf.

Andrea: Ja, Adam, diese Freiheit, die du genießen darfst – was glaubst du, wie viele Rentner sich überhaupt einen Urlaub leisten können, geschweige denn viermal im Jahr rumfliegen? Das interessiert die Rentner überhaupt nicht. Die sind schon froh, wenn sie ihre Heizung zahlen können und irgendwie über die Runden kommen.

Adam: Das waren ja nur Beispielzahlen.

Jennifer: Vielleicht kann man ja noch aufnehmen: Rentner oder einkommenschwächere Leute werden generell befreit von diesen CO₂-Themen.

Adam: Ich würde mich da anschließen, nachdem wir das jetzt herausgearbeitet haben. Und auch keine komplexen Rückvergütungssysteme einführen. Da sehe ich die Gefahr, dass Leute, die es sich leisten können, dann einfach Land mit vielen Bäumen kaufen, um noch mehr rumfliegen oder Auto fahren zu können.

Vergangenes Jahr wagte die Legislative auf Bundesebene erstmals aktiv den Versuch, ihrer Wählerschaft dieses neue Forum zur Beteiligung zu geben, auch um das Instrument einmal selbst zu testen. Der Ältestenrat des Bundestags ließ einen Bürgerrat organisieren. Das auch damals schon heiß umkämpfte Thema Klimakrise sollte im Superwahljahr jedoch lieber nicht behandelt werden. Und so besaß sich der im Januar und Februar dieses Jahres tagende Rat mit »Deutschlands Rolle in der Welt« – einem Thema, das

um den Glutkern der aktuellen Debatte gezielt herumkam.

Die Initiative für den jetzigen Bürgerrat Klima kam aus der ökologisch engagierten Zivilgesellschaft selbst, von der Gruppe Scientists for Future und dem Verein Bürgerbegehren Klimaschutz. Drei Stiftungen und Spenden tragen das Projekt, die Kosten liegen bei über zwei Millionen Euro. Ein wissenschaftliches Kuratorium mit 29 führenden Fachleuten der Klima- und Gesellschaftswissenschaften begleitet den Prozess »ergebnisoffen«, wie es heißt. In die Themenfindung wurden Nichtregierungsorganisationen, alle Bundestagsparteien und Online-Umfragen unter Bürgerinnen und Bürgern einbezogen. Im 20-köpfigen Beirat sind neben Sozial- und Umweltverbänden auch der Verband der Automobilindustrie und der Deutsche Mittelstands-Bund vertreten. Schirmherr des Bürgerrats ist der frühere Bundespräsident Horst Köhler. Der Rat könne und solle die parlamentarische Demokratie und ihre Entscheidungsprozesse nicht ersetzen, so Köhler. Aber die Teilnehmenden »können Veränderungsbereitschaft ausloten und so vielleicht Entscheidungen ermöglichen, die sonst nicht zustande gekommen wären«.

Einige Teilnehmende erzählen, beim Anruf hätten sie zunächst geglaubt, man wolle ihnen etwas andrehen, »eine Waschmaschine oder so«. Per Zufallsgenerator war ihre Telefonnummer im Pool von 5000 Zahlenkombinationen gelandet. Die Mitmachbereiten erhielten Fragebögen, 600 schickten sie ausgefüllt zurück. Aus ihnen wurden laut den Veranstaltern auch solche Menschen ausgelost, die angegeben hatten, sich weniger für Klimathemen zu interessieren.

Ende April macht sich Mini-Deutschland an die Arbeit. Die Sitzungen folgen strikten Ablauf-

»Was ist mit Leuten, die viele Bäume haben? Ich finde, die sollten dafür eine Gutschrift bekommen. Ich habe, weil ich ein Auto hab, viel CO₂-Ausstoß. Dagegen habe ich ungefähr 20 große Bäume im Garten. Also, was krieg ich für meine Bäume?«

ANDREA AUS BAYERN

»Meine Sorge ist, was danach mit den Ergebnissen passiert. Wie das wirklich gehört wird in der Politik. Auch langfristig gesehen. Und wie kommt es beim Rest an? Wie kommuniziert man das der Gesellschaft?«

ADAM AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

»Wir müssen jetzt umschichten in eine Transformation. Um diese Klimaziele zu schaffen, müssen wir Kooperation haben. Da muss ein Umdenken stattfinden, und das ist schwer, glaube ich. Sehr schwer. Denn wir wollen was machen, und die Politiker wollen Macht.«

ELKE AUS SCHLESWIG-HOLSTEIN

plänen. In einer zum Studio umfunktionierten Berliner Halle – Backsteinwand, Spotlights, viel Holz und grün – führen eine Frau und zwei Männer im Wechsel durchs Programm. Schema Fernuniversität mit Gruppenarbeit und Dutzenden Kurzvorträgen. Im großen Online-Plenum gucken von zu Hause alle zu. Erste, wichtige Frage: Wie applaudiert man hier im digitalen Raum mit Stummschaltung? Hände hoch und damit wackeln, visuelles Flimmern statt donnerndem Klatschen. Höflich wackeln die Hände auch am letzten Samstagvormittag im Mai, nachdem die klimapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von fünf Bundestagsfraktionen (die AfD war der Einladung nicht gefolgt) den Rat besucht und ihre Positionen vorgestellt haben. Tatsächlich aber hat die Politik, das zeigen viele Gespräche, in Mini-Deutschland keinen guten Ruf.

Achim: Es ist völlig aus dem Fokus geraten, dass wir vor der Klimakrise eine Politikkrise haben.

Kerstin: Genau.

Achim: Und zwar seit Jahrzehnten. Und jetzt erwartet man von der Bevölkerung, dass wir maßhalten. Dass wir alles mittragen. Und das wird uns von Menschen präsentiert, die uns seit Jahren vorleben, was das Gegenteil von Maßhalten ist.

Katrin: Also, ich verstehe natürlich, dass die Parteien sich und ihre Positionen darstellen wollen für die Wahl. Aber es ist nicht das Thema des Bürgerrats, zu überlegen: Wer ist dafür am geeignetsten, unsere Sachen umzusetzen? Sondern derjenige, der den Regierungsauftrag kriegt, der hat gefälligst seinen Arsch zu bewegen und das Thema anzugehen. Unabhängig von seiner Wählerschaft.

Elke: Wir müssen jetzt umschichten in eine Transformation, und das kann ja nicht nur eine bürgerliche Transformation sein, es muss auch eine politische Transformation sein. Die Wettkampfgeschichte ist vorbei. Um diese Klimaziele zu schaffen, müssen wir Kooperation haben. Da muss ein Umdenken stattfinden, und das ist schwer, glaube ich. Sehr schwer. Denn wir wollen was machen, und die Politiker wollen Macht.

Saßen Wählerschaft und Politik als Partner in einer Paartherapie, würden wohl beide befinden: Wir haben uns auseinandergeliebt. Schleichend ist das Vertrauen gewichen, jetzt sind da Verachtung und Angst. Der eine verachtet den anderen dafür, nie ehrlich zu sein und immer nur an sich selbst zu denken. Der andere hat Angst, verlassen zu werden, sobald er tatsächlich ganz ehrlich wäre, und hält sich folglich zurück.

Erst kürzlich war zu erleben, was passiert, wenn eine Partei die individuellen Kosten des Klimawandels auszusprechen wagt. Die Grünen forderten einen CO₂-Preis von 60 Euro pro Tonne bis 2023 – was bedeuten würde, das sagen sie dazu, dass der Liter Benzin am Ende 16 Cent teurer werde. Entrüstung brach los, sogar seitens Union und SPD, obwohl die Bundesregierung mit ihrem eigenen CO₂-Preis-Modell im Prinzip längst dasselbe beschlossen hatte, bloß erst für das Jahr 2025.

In dieser Lage wirkt das Instrument Bürgerrat fast schon wie ein politisches Wundermittel zur Lösung der Blockade. Was wollen Bürgerinnen und Bürger wirklich? Wovor haben sie Angst? Wozu sind sie bereit? In Irland fanden die Vorschläge von Bürgerversammlungen zur gleichgeschlechtlichen Ehe sowie zum Abtreibungsrecht in anschließenden Referenden breite Mehrheiten, beides Themen, die die Iren jahrzehntelang umgetrieben hatten. In Frankreich setzte Präsident Emmanuel Macron 2019 selbst einen Bürgerrat zum Klimaschutz ein, der am Ende 149 Empfehlungen zur Emissionsminderung aussprach; immerhin ein Drittel der Vorschläge, darunter die Einschränkung von Inlandsflügen und ein Verbot von Werbung für fossile Brennstoffe, flossen anschließend in ein neues Klimagesetz ein. Befürworter der Räte argumentieren, dass Alltagsweisheit und Konsensfindung in diesen Gremien dabei helfen können, gesellschaftliche Konflikte zu befrieden. »Sie sind so wichtig, weil Sie sagen können, was Sie mittragen«, appelliert Karl-Martin Hentschel, Projektleiter des *Handbuchs Klimaschutz*, im Rahmen eines wissenschaftlichen Feedbacks an die 160. »Das Wichtigste, was Sie hier einbringen, sind Ihre Überzeugungen, Werte, Lebenserfahrung.«

Wolfgang: Malst du?

Rita: Ja, ich male und ich schreibe.

Wolfgang: Super!

Rita: Jetzt im Sommer gebe ich ein Buch raus.

Wolfgang: Klasse, ganz toll!

Rita: Ja, ich komme also aus einer ganz anderen Richtung. Gerade Energie und das Technische

sind mir relativ fern. Dieses ganze Digitale ist ein völlig neuer Versuch für mich. Ich sitze hier mit meinem, mit diesem Ding, also nicht Laptop, mit dem Tablet und arbeite mich da ein. Also, für mich ist das alles ganz, ganz fremd. Ich schreibe noch Briefe.

Wolfgang: Ich bin eigentlich Architekt. Ich lehre jetzt Kunstgeschichte und sage immer: Baut die Sachen, auch wenn es abstrakte Gedanken sind! Weil ich glaube, im handwerklichen Schaffen liegt eine besondere Art des Begreifens.

Rita: Ja, das Haptische ist ganz wichtig, denke ich. Deshalb ist dieses Format hier nicht meine Welt, aber das Thema Klima, die Natur interessiert mich sehr. Eine französische Freundin hat mir ein Buch geschickt, da schreibt einer über seine Erfahrung bei diesem Bürgerrat in Frankreich. Die haben sich in riesigen Arenen getroffen und Wochenenden zusammen verbracht. Das hier ist doch was ganz anderes. Man kann sich nie mal zu jemandem setzen zwischendurch.

Wolfgang: Ich beobachte während der Vorträge immer meine Mitzuhörer. Das ist schon eine Gewohnheit von mir. Na ja. Ich werde mir mal was zum Mittagessen machen.

Rita: Ja, ich auch.

Für die Teilnehmenden ist der Bürgerrat ein Kraftakt, zeitlich und inhaltlich. Acht Werktagsabende à drei Stunden und vier Samstage à sieben Stunden sitzen sie online zusammen, oft mit Verlängerung. Ab Sitzung vier sind sie zu gleichen Teilen und auch wieder annähernd repräsentativ jenen vier klimarelevanten »Handlungsfeldern« aufgelöst, die im Leben der Deutschen die größte Rolle spielen: Energie, Mobilität, Wohnen und Ernährung. Die jeweils 40 Bürger hören nun vertiefende Vorträge und tauschen sich mit den Fachleuten aus. Vorab lesen sich viele von ihnen intensiv ein. Immer wieder sind Teilnehmende begeistert über den Prozess und das erworbene Wissen; einige kündigen an, nun auf Bekannte und Heimatgemeinden einwirken zu wollen, als »Multiplikatoren«. Die Arbeit im Bürgerrat ist faktisch ein Ehrenamt, die Aufwandsentschädigung für die zwei Monate beträgt pro Kopf 450 Euro. Und kaum jemand springt ab.

Für diesen Dienst an der Gesellschaft loben den Bürgerrat alle, die Wissenschaftler, Politikerinnen, Moderatoren. Die Sitzungen durchzieht ein Ton sozialpädagogischer Milde und Wertschätzung. In den Diskussionen der Kleingruppen, in denen alle sich duzen, wird jeder noch so unausgereifte Gedanke vom jeweiligen Moderatorenteam auf virtuellen Post-its notiert und in einem Schaubild dargestellt. Physiotherapie für Handwerker, zur Abfederung des Fachkräftemangels im Gebäudebereich. Umgestaltung von Windrädern zu Kunstwerken. Schaffung eines neuen Berufs, des »Renaturierers«. Gehen da alle mit? Amir, was meinst du? In den guten Momenten erlebt man Demokratie in ihrer reinsten Form: Jeder wird gehört, jede Stimme zählt.

In den schlechten Momenten ziehen die Runden sich hin wie geisttötende Fachausschusssitzungen. Um jedes Wort wird gerungen. Soll sich eine klimafreundliche Landwirtschaft »lohnen«, oder soll man sie »angemessen vergüten«? Die Zeit wird oft zum Problem – zu viel davon wird auf Nebensachen verwendet, zu wenig bleibt, wenn Debatten doch noch in Schwung kommen. Verlagern, vertagen. Und über allem schwebt die Furcht, dass das Ganze am Ende vergeblich sein könnte.

Adam: Insgesamt bin ich auf jeden Fall zufrieden mit dem Bürgerrat. Meine Sorge ist eher, was danach mit den Ergebnissen passiert. Wie das wirklich gehört wird in der Politik. Auch langfristig gesehen.

Anna: Bei uns im Handlungsfeld drehen wir uns immer wieder im Kreis, weil es jedes Mal am Ende heißt: Wer soll das bezahlen?

Adam: Und wie kommt es beim Rest an? Wie kommuniziert man das der Gesellschaft?

Jennifer: Vollkommen berechtigter Punkt. Man hat ja in den Diskussionen schon gemerkt: Ja, wir haben jetzt ein paar Ideen, aber das ist ja nie die Eier legende Wollmilchsau. Es gibt ja immer Contra. Und irgendeiner verliert bei der Sache.

Wenn es um tatsächliche Einschnitte für jede und jeden geht, tut die Versammlung sich manchmal schwer. Ein »Verbot« von Inlandsflügen, wie vom Bürgerrat in Frankreich ursprünglich gefordert, stößt im deutschen Pendant bei vielen auf Skepsis, genau wie ein generelles Tempolimit oder eine City-Maut. Einen Abbau der Nutztierbestände, die im Ernährungssektor einen wesentlichen Teil der Treibhausgas-Emissionen verursachen, taxiert die zuständige Gruppe zunächst auf

45 oder gar 80 Prozent. Aber erst in der zehnten Sitzung wird deutlich, wer beim Essen im Ernstfall wozu bereit ist.

Im Plenum, in dem alle 40 Teilnehmenden des Handlungsfelds zusammenkommen, stellt die Moderatorin klar: Nur mit einem Abbau der Tierbestände um 80 Prozent ließe sich das 1,5-Grad-Ziel in diesem Sektor erreichen. Das hieße aber: fast kein Fleisch mehr. 45 Prozent Rückgang hieße: mäßiger Fleischkonsum, 1,7 Grad. Ein Stimmungsbild wird eingeholt, Handzeichen. Ergebnis: Nur die Hälfte wäre bereit, die 1,5-Grad-Marke unter diesen Bedingungen einzuhalten. »In allen Sitzungen war das 1,5-Grad-Ziel aber nicht verhandelbar«, ruft ein Teilnehmer, das sei doch hier die oberste Priorität! »Das ist der beste Weg, den wir jetzt gehen können, mit all dem, was ihr gemacht und gelernt und besprochen und diskutiert habt«, sagt die Moderatorin, sie gebe das Bild nun weiter in die Redaktionsarbeit.

Am vergangenen Samstag, einem deutschlandweit brütend heißen Tag, kommt der Bürgerrat zu seiner vorletzten Sitzung zusammen. Es ist ein entscheidendes Treffen: Nach mehreren Runden in den Redaktionsgruppen, wo wechselnde Freiwillige die gesammelten Vorschläge immer wieder verdichtet haben, stimmt heute das gesamte Plenum über die Empfehlungen zu den vier Handlungsfeldern ab. 18 bis 20 Punkte pro Bereich, verschiedene Teilnehmende stellen sie vor, danach jeweils eine Viertelstunde Online-Abstimmung in Stillarbeit. Im Studio spielt ein junger Mann namens Bertram dazu sanfte Melodien auf seiner Akustikgitarre.

Der Katalog, der zur Abstimmung steht, wird an vielen Stellen sehr deutlich:

»Die derzeitigen Mindestabstände für Windenergieanlagen müssen zwingend aufgehoben werden.«

»Der Kohleausstieg soll vorgezogen und bis 2030 – statt 2038 – umgesetzt werden.«

»Die Bundesregierung soll sofort ein generelles Tempolimit erlassen: Bundesautobahn und Kraftfahrstraßen 120 km/h, Landstraße 80 km/h, Innenstädte 30 km/h.«

»Die Erstzulassung von Verbrennern soll bis 2027, spätestens 2030 eingestellt werden.«

»Die Regierung soll ein Einbauverbot von Öl- und Gasheizungen ab 2026/28 erlassen.«

»Bis 2030 soll eine verpflichtende Klimaampel für alle Lebensmittel eingeführt werden.«

»Lebensmittelrettung (zum Beispiel Containern) soll straffrei sein.«

Und aus dem umstrittenen Reduktionsziel bei Nutztieren wird: »Emissionsminderung in der Tierhaltung um 50 Prozent oder mehr durch die entsprechend notwendige deutliche Verringerung der Nutztierbestände bis 2030.«

Der Bürgerrat hat mit seinen knapp 80 Empfehlungen vom Samstag die Vision eines nachhaltigeren, klimafreundlicheren Deutschlands erschaffen, mit besseren Fahrradwegen und teureren Flugtickets, mit Fotovoltaikanlagen auf möglichst allen Dächern und einer »Agrarwende« in der Landwirtschaft. Das Ende der fleischverliebten Autofahrernation. Die 1,5-Grad-Marke dürfte zwar auch der Bürgerrat mit seinen Vorschlägen verfehlen – in einem Zwischenfazit hatten die beratenden Wissenschaftler festgestellt, dass seine Empfehlungen immer noch über dem Ziel von Paris lägen. In Summe würden sie aber wohl zu geringeren Emissionen führen als die aktuellen Pläne der Regierung. Wahrscheinlich half es dem Rat, von gewissen Politikerzwängen frei zu sein, frei vom Druck der fossilen Industrie, frei auch von der Angst um die eigene Wiederwahl.

Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe am Dienstagabend war allerdings nicht ausgemacht, ob der Bürgerrat tatsächlich jede einzelne dieser Forderungen verabschieden würde. An der Live-Abstimmung am Samstag nahmen nur rund 130 Ratsmitglieder teil. Für die übrigen sollte das Votum bis Mittwoch dieser Woche möglich sein. In der zwölften, abschließenden Sitzung am Mittwochabend sollte laut Programm noch über zehn allgemeinere »Leitsätze« und über die »Instrumente der Transformation« abgestimmt werden, darunter auch die Frage des CO₂-Preises.

Die soziale Frage der Klimapolitik konnten die 160 Ratsmitglieder bis zum Abschlusstreffen nicht wirklich lösen. Öfter zeigte sich, dass viele die Mehreinnahmen, etwa durch die CO₂-Bepreisung oder eine Kerosinsteuer, eher in klimafreundliche Forschung und Infrastruktur stecken würden, als sie zur Entlastung direkt an die Bürgerinnen und Bürger zu verteilen: Im Laufe des Prozesses fielen den Teilnehmenden tendenziell mehr Forderungen zu Investitionen ein als zum sozialen Ausgleich. Und manchen machte das Sorgen.

Sie frage sich, wo sie in ein, zwei Jahren stehen werde, sagt eine Frau in der vorletzten Sitzung. »Ich bin allein stehend, ich wohne zur Miete, ich muss 30 Kilometer mit dem Auto zur Arbeit fahren. Für mich wird das alles teuer. Ich krieg gerade Angst.« Auch ein jüngerer Mann warnt vor den Kosten der Umstellungen und sagt, er sei von Anfang an gegen den CO₂-Preis gewesen und bleibe auch dabei. Und nach all den Runden zum Klimaschutz äußert ein älterer Teilnehmer in der Hitze des vergangenen Samstags seine Zweifel daran, dass die menschengemachten Treibhausgas-Emissionen tatsächlich die Ursache des globalen Temperaturanstiegs seien.

In den folgenden Wochen, nach der finalen Abstimmung vom gestrigen Mittwoch, soll aus den

Empfehlungen und Leitsätzen des Bürgerrats ein »Bürgergutachten« erstellt werden, versehen mit wissenschaftlichen Anmerkungen. Nach der Wahl im September wollen die Organisatoren das Gutachten den Bundestagsparteien überreichen, damit die Verantwortlichen es in den nächsten Koalitionsverhandlungen berücksichtigen.

Verpflichtet ist dazu niemand.

Nadine: Tschüss!

Rüdiger: Ciao!

Anke: Tschüss, danke!

Achim: Wie, ist jetzt aus? Ich dachte, es geht noch eine halbe Stunde?

Olaf: Wir waren schneller heute.

Cordula: Hitzefrei!

ANZEIGE

T+ TISSOT

#ThisIsYourTime

TISSOT SEASTAR 2000 PROFESSIONAL

UNSERE SWISS MADE HIGH-PERFORMANCE TAUCHERUHR.

TISSOTWATCHES.COM